

**Redebeitrag von Herrn Ministerpräsident Erwin Teufel  
(deutscher Bundesrat)  
bei der Konventsitzung  
am 25. Juni 2002  
im Rahmen der Anhörung der Zivilgesellschaft –  
Bereich „Regionen und Gebietskörperschaften“**

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Sperrfrist : Beginn der Debatte**

Anrede,

Das Selbstverwaltungsrecht der Städte und Gemeinden ist bisher in keinem europäischen Vertragswerk verankert. Das muss sich ändern. Denn die Regionen und Kommunen sind etwas anderes als das, was heute Zivilgesellschaft genannt wird!

Sie sind nicht eine gesellschaftliche Vereinigung von Bürgern.

Sie sind aber auch nicht lediglich administrative Einheiten.

Sie sind die politischen Körperschaften, die den Bürgern am Nächsten stehen. Es gilt für das praktische Leben, dies gilt aber auch für die Identität der Bürger.

Sie sind elementarer Grundpfeiler der Demokratie in Europa seit der griechischen Antike. Das Europa des Mittelalters bis zur Neuzeit war ein Europa der Städte.

Das künftige Europa muss daher eine föderative und subsidiäre Struktur haben. Aufgebaut werden muss es von unten nach oben, auf der Basis der kommunalen Selbstverwaltung.

Den lokalen Gebietskörperschaften kommt deswegen eine ganz besondere Rolle zu.

Ich unterstütze auch die Forderung, die Rolle der Regionen in der künftigen europäischen Verfassungsordnung im Herbst im Konvent zu diskutieren. Auch der Ausschuss der Regionen sollte so gestärkt

werden, wie es deren Vertreter heute morgen in der Anhörung dargelegt haben. Diese Diskussion sollte dann in einer Arbeitsgruppe vertieft werden.

Dazu bereits heute drei Gesichtspunkte:

- Wichtig ist, dass in einem neuen Verfassungsvertrag noch deutlicher wird, dass die bereits heute in Artikel 6 Absatz 3 EU-Vertrag verankerte Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten auch den innerstaatlichen Aufbau der Mitgliedstaaten umfasst. Dazu gehören – je nach Verfassungslage – die regionale Gliederung und die kommunale Selbstverwaltung.
- Bei der Definition des Subsidiaritätsprinzips (heute in Art. 5 EG-Vertrag) sollte ein Hinweis aufgenommen werden, dass vor dem Erlass von EG-Regelungen die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten einschließlich ihrer Regionen und Kommunen berücksichtigt werden müssen.
- Im Rahmen ihrer Rechte und Zuständigkeiten sollten die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis - wie auch der Ausschuss der Regionen - ein eigenständiges Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof erhalten.

Auf dieser Grundlage können die Regionen und Kommunen zu tatkräftigen Partnern der Europäischen Union werden.